

Bezugspreis:
Wochenschrift 4 7/8 M., monatlich 2 3/8 M.
Inhalt: 16 Seiten, 10 Spalten, 24 Spalten

Anzeigenpreis:
Die schlagfertigen Nonpareil-Zeile
betragt 20 Pfg. Kleiner Anzeigen
betragt 15 Pfg. etc.

Vorwärts

Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.
Telefonnummer: Amt Marienplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 2. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.
Telefonnummer: Amt Marienplatz, Nr. 11753-54.

Die neuen Forderungen der Entente. Die deutschen Truppen und die Bolschewisten im Baltikum.

Nicht nur der englische Admiral der englischen Flotte im Baltischen Meere, sondern auch Generalissimo Hoch hat verlangt, dass laut Artikel 12 des Waffenstillstandsvertrages, der sich mit der Frage der Besetzung der Ostgebiete durch deutsche Truppen befasst, die deutschen Truppen dort gelassen werden.

Die Verhandlungen, die auf die Rote des Generalissimo Hoch hat mit der Obersten Dekretleitung der Alliierten eingeleitet worden sind, sind noch nicht abgeschlossen.

Kunze hat neuerdings der Vorsitzende der Deutschen Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, die deutschen Vertreter in Spaa gebeten, nochmals darauf hinzuweisen, dass die Auffassung, als ob wir in Artikel XII die Verpflichtung übernommen haben, unsere Truppen solange im Ostgebiet zu belassen, bis die Alliierten ihren Abzug für zweckmäßig halten, nicht der getroffenen Abmachung entspricht.

„Wir haben keinerlei“, — so lautet die Antwortung des Staatssekretärs wörtlich weiter —, als von uns die sofortige Räumung verlangt wurde, um Rücksicht auf die Unmöglichkeit ihrer raschen Ausführung wegen des Mangels an Eisenbahnmateriale und im Hinblick auf das bedrohliche Schicksal der besetzten Gebiete darum gebeten, unsere Truppen noch länger dort lassen zu dürfen.

Die Annahme der Entente, als ob unsere Truppen eigenmächtig oder gar auf höheren Befehl dem Bolschewismus abtrotzen könnten, sei es direkt oder durch Behinderung antibolschewistischer Maßnahmen, ist nicht zutreffend.

Auch wir und unsere Truppen sehen in dem Bolschewismus eine außerordentlich große Gefahr und tun alles, um diese Gefahr abzuwehren. Die Entente wird zugeben müssen, dass diese Gefahr für uns viel größer ist als für sie selbst oder sonstige Staaten in der Welt, und kann davon überzeugt sein, dass wir schon im eigenen Interesse alle möglichen Maßnahmen treffen, um das Vordringen des Bolschewismus zu verhindern.

Amerika plant die größte Flotte der Welt. Washington, 31. Dezember. (Reuters.) Daniels erklärte in der Marinekommission, wenn die Versailles Konferenz zu keiner allgemeinen Uebereinstimmung führe, so mühten die Vereinigten Staaten ihre Energie zur Schaffung der weitaus größten Flotte der Welt anzuspinnen.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands. Die Waffenstillstandskommission für die Inangriffnahme zuständig.

Berlin, 1. Januar. Die Deutsche Waffenstillstandskommission gibt bekannt: Die Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln wird gegenwärtig durch eine Kommission der Alliierten geprüft, welche ihren Sitz in London hat. Das Oberkommando der Alliierten hat der Deutschen Waffenstillstandskommission mitgeteilt, die Beschlüsse der Lebensmittelkonferenz würden der Deutschen Waffenstillstandskommission übermittelt, falls diese für die Lebensmittelversorgung für zuständig erklärt werde.

Posen völlig unter polnischem Einfluss. Militärische Maßnahmen zwecklos.

Berlin, 1. Januar. Der nach Posen entsandte Vertreter der Regierung, Minister Ernst, und der Bevollmächtigte des Kriegsministeriums, Paul Göhre, sind in der Nacht zum Mittwoch nach Berlin zurückgekehrt.

Unmittelbar nach unserer Ankunft in Posen begaben wir uns zunächst zu dem Oberpräsidenten von Eisenhardt-Rothe, mit dem wir uns eingehend über die augenblickliche schwierige Lage in der Stadt und in der Provinz Posen berieten. Als wir nach der ausgeprochenen Aussprache das Präsidialgebäude verlassen wollten, erklärte uns die polnische Wache, die mit Gewehren bewaffnet, ungefähr 30 Mann stark war, dass wir das Gebäude nicht ohne besondere Erlaubnis des Abgeordneten Trampczynski verlassen dürften.

Über die allgemeine Lage in Posen selbst äußerte sich Ernst, dass man sich in Deutschland darüber unbedingt klar sein müsse, dass sich die Machtverhältnisse in der Provinz Posen in den letzten Tagen zugunsten der Polen von Grund aus verschoben hätten. Vor 14 Tagen vielleicht, so erklärte er, wäre es unter Umständen noch möglich gewesen, mit militärischer Gewalt die Situation für die Berliner Regierung zu retten und ihre Vormachtstellung in Posen aufrecht zu erhalten.

Die Verhandlungen mit den Polen seien in der Hauptsache deshalb so unendlich schwierig, weil das Mißtrauen zwischen Deutschen und Polen jedes Maß übersteige. Jedenfalls könne heute kein Zweifel mehr darüber bestehen, dass Posen und der östliche Teil der Provinz Posen sich völlig in den Händen der Polen befinden.

Unter diesen Umständen muß man, so bemerkt Ernst weiter, in Deutschland vor allen Dingen von dem Gedanken ausgehen, eine Verständigung mit den Polen auf gütlichem Wege zu erreichen. Die Polen hätten ihm gegenüber ausgesprochen, dass sie zwar die feste Absicht hätten, die Provinz Posen von Deutschland abzutrennen und mit russisch- und österreichisch-polen zu vereinigen, um den großpolnischen Staat wieder ins Leben zu rufen, die deutsche Regierung aber solle dabei keineswegs vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Den Eindruck, den die Stadt Posen auf den Minister Ernst ausübte, muß geradezu großartig genannt werden. Nie hätte er eine Stadt so überreich geschmückt gesehen. Es sei nicht übertrieben, zu behaupten, daß in Posen auch nicht eine Wohnung zu finden sei, die nicht die rot-weiße polnische Nationalflagge befäh.

Deutschlands bundesstaatliche Neugestaltung.

Die Frage des inneren staatlichen Neuaufbaues der deutschen Republik hat ihre verfassungsrechtliche und ihre territorial-geographische Seite, die natürlich beide aufs engste zusammenhängen. Die Absonderungsbestrebungen von Preußen, die sich in letzter Zeit im Rheinland, in Niedersachsen und anderswo bemerkbar gemacht haben, regen dazu an, die öffentliche Erörterung über die letzte Seite der Frage in Gang zu bringen. Der nachfolgende Vorschlag bezweckt, dieser Erörterung eine diskutabile Grundlage zu geben, soweit dies im Rahmen einer Tageszeitung möglich ist.

Das Staats- und Verfassungsleben Deutschlands unter dem alten System beruhte auf dem tatsächlichen, wenn auch nicht uneingeschränkten Übergewicht Preußens, das seinen Ausdruck darin fand, daß der preussische Ministerpräsident zugleich deutscher Reichskanzler und der preussische König zugleich deutscher Kaiser war.

Eine Lösung dieser Schwierigkeiten kann nur darin gesucht werden, daß ein alter Gedanke der Demokratie von 1848 wieder aufgenommen und den preussischen Provinzen, oder größeren, aus mehreren Provinzen gebildeten Einheiten, eine größere Selbständigkeit als bisher zugestanden wird, eine Selbständigkeit, die bis zu selbständiger Instanz der Bundesratsdelegierten zu gehen hätte. Andererseits wäre es aber ein Unging und geradezu fortwährend beherrschende Gesamtzustellungen des preussischen Staates,





